



Antrag

—

Fraktion DIE LINKE

Kinderärztliche Versorgung im Land sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die flächendeckende medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt akut gefährdet ist. Stationsschließungen wie aktuell die Kinder-Intensivstation am Universitätsklinikum sowie Abteilungen in Schönebeck und Gardelegen sowie die Gefährdung weiterer auch geburtshilflicher Standorte wie in Zeitz sind Folge jahrelanger struktureller und finanzieller Versäumnisse.
2. Um das Abwandern und Ausscheiden von ausgebildeten Kinder- und Jugendärztinnen und Jugendärzten im Land abzufedern und auszugleichen, bedarf es dringend weiterer Anreize durch Unterstützungsprogramme des Landes, besonders auch bei der Kooperation und Vernetzung sämtlicher Spezialistinnen und Spezialisten innerhalb der Kindermedizin an den verschiedenen Standorten.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Verband Leitender Kinder- und Jugendärzte und Kinderchirurgen (VLKKD) umgehend einen Fahrplan zur Ausbildung in und Zukunft der Kinder- und Jugendmedizin im Land aufzunehmen.
4. Darüber hinaus bedarf es mittel- und langfristig einer nachhaltigen, vorausschauenden und systematischen Planung, die neben wirtschaftlichen Interessen vor allem dem Anspruch der UN-Kinderrechtskonvention nach einer bedarfsgerechten medizinischen Versorgung junger Menschen gerecht wird. Diese Planungen sollen entsprechend im Krankenhaus-Plan des Landes festgehalten werden.

Begründung

Die aktuelle Not bei der flächendeckenden Versorgung selbst von zum Teil schwer erkrankten Kindern in Sachsen-Anhalt ist ein Skandal. Jetzt zeigen sich die Auswirkungen jahrelanger Versäumnisse bei der Absicherung von Standorten und das Aussitzen struktureller Probleme. Auch in der Kindermedizin wird das Entgeltsystem der Fallpauschalen (DRG) angewandt, womit ein wirtschaftliches Arbeiten dieser Abteilungen kaum möglich und für Krankenhäuser defizitär ist. Somit findet die Versorgung der Kinder und Jugendlichen an immer weniger Standorten im Land statt. Unterstützungsprogramme für die Aus- und Weiterbildung, die ein angemessenes Arbeiten des medizinischen Personals ermöglichen und die Abwanderung in attraktivere Arbeitsfelder verhindern, müssen jetzt aufgelegt werden. Perspektivisch muss das Abwandern und die Verrentung vieler Ärztinnen und Ärzte aus der Kinder- und Jugendmedizin in den kommenden Jahren durch einen Fahrplan abgedeckt werden.

Der Verband Leitender Kinder- und Jugendärzte und Kinderchirurgen (VLKKD) hat eine alarmierende Stellungnahme zur aktuellen Situation herausgegeben und seine Forderungen müssen vom Gesundheitsministerium dringlich aufgegriffen und umgesetzt werden.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz